

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Agnieszka Brugger, Claudia Roth (Augsburg), Cem Özdemir, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 19/14094 –

Militäroffensive der Türkei in aller Schärfe als völkerrechtswidrig verurteilen und klare Konsequenzen ziehen

A. Problem

Die türkische Invasion ist nach Auffassung der Antrag stellenden Fraktion eine Verletzung des Völkerrechts und eine unverantwortliche militärische Gewalteskalation mit voraussichtlich dramatischen Folgen auf vielen Ebenen. Mit den bereits vorgefallenen Angriffen auf die Zivilbevölkerung wird sich nach Einschätzung der Antrag stellenden Fraktion die bisher schon prekäre humanitäre Situation der Menschen vor Ort noch weiter verschlimmern.

Die Antrag stellende Fraktion fordert einen Kurswechsel der Bundesregierung in ihrem Umgang mit der türkischen Regierung und fordert die Bundesregierung u. a. auf, 1. sich international für einen sofortigen Stopp des türkischen Angriffs in Nordsyrien einzusetzen, 2. den Einmarsch der Türkei in Syrien als völkerrechtswidrig zu verurteilen, 3. auf einen sofortigen Waffenstillstand in der Region zu drängen; 4. mit sofortiger Wirkung sicherzustellen, dass die durch deutsche Aufklärungsflüge im Rahmen des Einsatzes über Syrien und dem Irak gewonnenen Aufklärungsdaten nicht länger mit der türkischen Regierung geteilt werden, den Bundeswehreinsatz über Syrien und dem Irak zu beenden und die Tornados aus Jordanien abzuziehen; 5. keine neuen Hermesbürgschaften zur Absicherung wirtschaftlicher Aktivitäten in der Türkei mehr zu übernehmen und die Übernahme aller noch nicht genehmigten Anträge negativ zu bescheiden; 6. alle deutschen Rüstungsexporte in die Türkei umgehend zu stoppen und erteilten Genehmigungen zu widerrufen; 7. sich für persönliche und gezielte finanzielle Sanktionen gegen Präsident Erdoğan und sein Umfeld im europäischen Verbund einzusetzen und weitere Sanktionen zu prüfen; 8. anzuerkennen, dass der Flüchtlingsdeal mit der Türkei Europa nicht nur vor Verantwortung, sondern Präsident Erdoğan auch vor Kritik abschirme, die EU erpressbar gemacht habe und diesen Deal mit der Türkei entsprechend zu beenden; 9. Verhandlungen über eine Ausweitung der Zollunion mit der EU auszuschließen, solange die Türkei keine Kehrtwende zurück zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vollzieht.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/14094 abzulehnen.

Berlin, den 6. November 2019

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Norbert Röttgen
Vorsitzender

Dr. Andreas Nick
Berichterstatter

Aydan Özoğuz
Berichterstatterin

Paul Viktor Podolay
Berichterstatter

Bijan Djir-Sarai
Berichterstatter

Stefan Liebich
Berichterstatter

Omid Nouripour
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Andreas Nick, Aydan Özoğuz, Paul Viktor Podolay, Bijan Djir-Sarai, Stefan Liebich und Omid Nouripour

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/14094** in seiner 118. Sitzung am 17. Oktober 2019 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie, dem Verteidigungsausschuss und an den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die türkische Invasion ist nach Auffassung der Antrag stellenden Fraktion eine Verletzung des Völkerrechts und eine unverantwortliche militärische Gewalteskalation mit voraussichtlich dramatischen Folgen auf vielen Ebenen. Mit den bereits vorgefallenen Angriffen auf die Zivilbevölkerung wird sich nach Einschätzung der Antrag stellenden Fraktion die bisher schon prekäre humanitäre Situation der Menschen vor Ort noch weiter verschlimmern.

Die Antrag stellende Fraktion fordert einen Kurswechsel der Bundesregierung im Umgang mit der türkischen Regierung und fordert die Bundesregierung u. a. auf 1. sich international für einen sofortigen Stopp des türkischen Angriffs in Nordsyrien einzusetzen, 2. den Einmarsch der Türkei in Syrien als völkerrechtswidrig zu verurteilen, 3. auf einen sofortigen Waffenstillstand in der Region zu drängen; 4. mit sofortiger Wirkung sicherzustellen, dass die durch deutsche Aufklärungsflüge im Rahmen des Einsatzes über Syrien und dem Irak gewonnenen Aufklärungsdaten nicht länger mit der türkischen Regierung geteilt werden, den Bundeswehreininsatz über Syrien und dem Irak zu beenden und die Tornados aus Jordanien abzuziehen; 5. keine neuen Hermesbürgschaften zur Absicherung wirtschaftlicher Aktivitäten in der Türkei mehr zu übernehmen und die Übernahme aller noch nicht genehmigten Anträge negativ zu bescheiden; 6. alle deutschen Rüstungsexporte in die Türkei umgehend zu stoppen und erteilte Genehmigungen zu widerrufen; 7. sich für persönliche und gezielte finanzielle Sanktionen gegen Präsident Erdoğan und sein Umfeld im europäischen Verbund einzusetzen und weitere Sanktionen zu prüfen; 8. anzuerkennen, dass der Flüchtlingsdeal mit der Türkei Europa nicht nur vor Verantwortung, sondern Präsident Erdoğan auch vor Kritik abschirme, die EU erpressbar gemacht habe und diesen Deal mit der Türkei entsprechend zu beenden; 9. Verhandlungen über eine Ausweitung der Zollunion mit der EU auszuschließen, solange die Türkei keine Kehrtwende zurück zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vollzieht.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat die Vorlage auf Drucksache 19/14094 in seiner 51. Sitzung am 6. November 2019 beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD, FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Der **Verteidigungsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/14094 in seiner 43. Sitzung am 6. November 2019 beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD, FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat die Vorlage auf Drucksache 19/14094 in seiner 42. Sitzung am 6. November 2019 beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD, FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/14094 in seiner 41. Sitzung am 6. November 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Berlin, den 6. November 2019

Dr. Andreas Nick
Berichtersteller

Aydan Özoğuz
Berichterstellerin

Paul Viktor Podolay
Berichtersteller

Bijan Djir-Sarai
Berichtersteller

Stefan Liebich
Berichtersteller

Omid Nouripour
Berichtersteller

